

Des Kalendermanns Weltumschau 1966/67

Autor(en): **[s.n.]**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Appenzeller Kalender**

Band (Jahr): **247 (1968)**

PDF erstellt am: **23.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-375893>

Nutzungsbedingungen

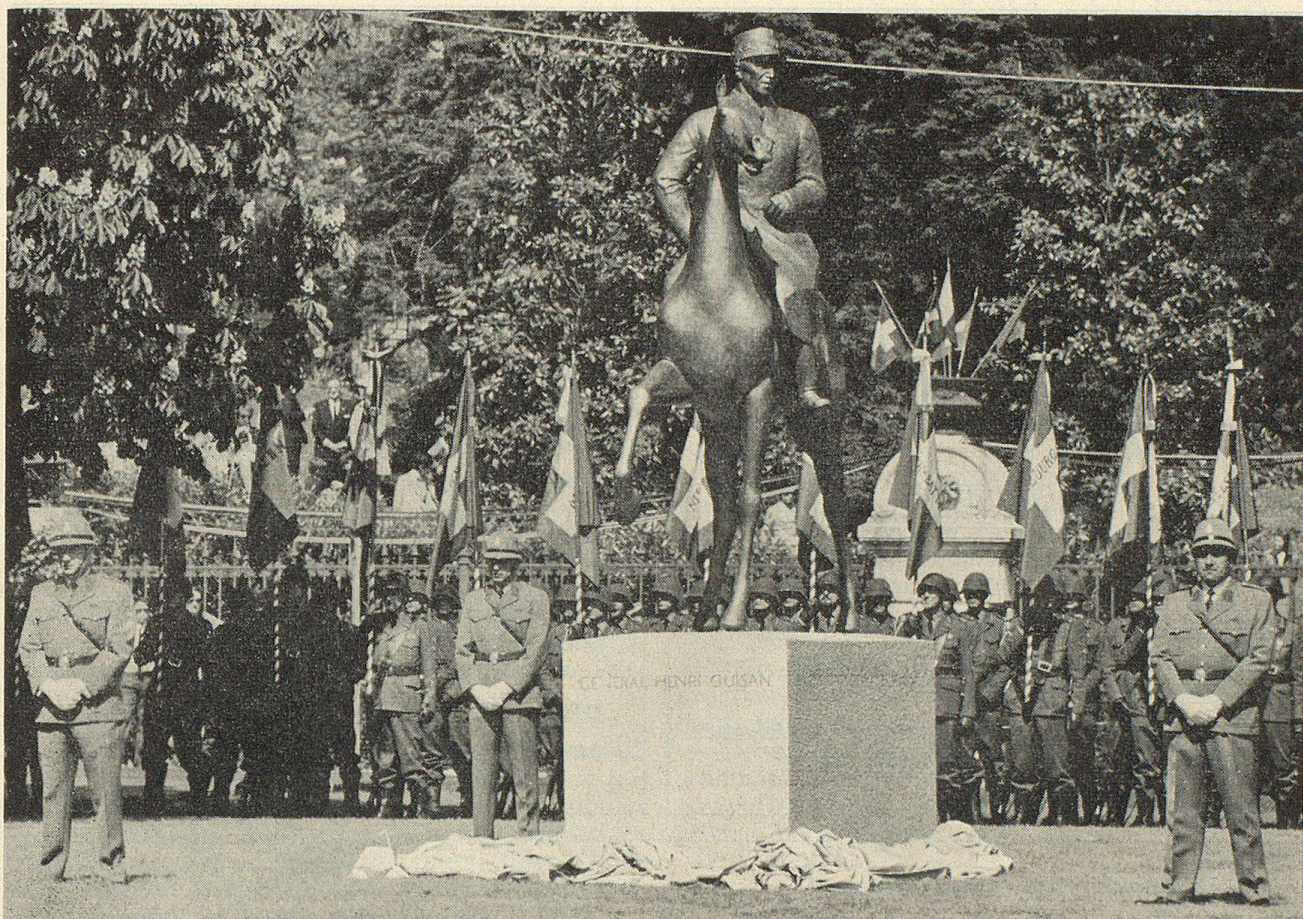
Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.



Einweihung des General-Guisan-Denkmal in Ouchy

Das Denkmal, ein Werk des Zürcher Bildhauers Charles Bänninger, soll das Andenken an unsern großen General wachhalten. An seine Einweihung schloß sich ein großes Truppendefilée an.

Des Kalendermanns Weltumschau 1966/67

Krieg und Frieden am Scheideweg

Präsident Kennedy meinte einmal, daß alle Kriege der jüngsten Vergangenheit, besonders der erste und der zweite Weltkrieg, ihre Wurzeln in ersten Irrtümern der Kriegsführenden hätten. Je größer die Krise sei, umso mehr wachse das Bedürfnis nach Verbindungen mit dem Gegner, wobei jede Partei über die Einstellung der anderen unterrichtet sein wolle. Präsident Kennedys Lieblingsbeispiel war Korea. Er war nämlich überzeugt davon, daß Nord-Korea nur deshalb Südkorea überfallen hat, weil die Nordkoreaner der Meinung waren, daß die Vereinigten Staaten nicht eingreifen würden. Als dann im Verlaufe des koreanischen Krieges die Truppen der Vereinten Nationen nach Nordkorea einmarschierten, machten diese wieder den Fehler, anzunehmen,

daß das kommunistische China nicht reagieren werde.

Die Lehren aus dem koreanischen Krieg sind keineswegs zu vergessen, wenn man den Vietnamkrieg beurteilen will. Mit Nachdruck erklärte der Generalsekretär der Vereinten Nationen, U Thant, daß er eine «direkte Konfrontierung zwischen Washington und Peking befürchtet und daß wir Zeugen des **Beginns des dritten Weltkrieges sind.**» Wir müßten zugeben, daß das gegenwärtige psychologische Klima dem des ersten und zweiten Weltkrieges ähnlich sei. Und wir müßten weiter zugeben, daß die Stimmung nicht nur in den Vereinigten Staaten, sondern auch die Stimmung in Nordvietnam, in der Sowjetunion und im kommunistischen China ähnlich der während des ersten und zweiten Weltkrieges sei. —

Die Rede U Thants scheint mehr der Ausdruck von Furcht als von Prophezeiung zu sein. Seine Furcht besteht darin, daß er annimmt, Amerika könnte den Druck auf Nordvietnam weiter steigern, wodurch das rote China in den Konflikt einbezogen würde und Amerika sich gezwungen sähe, gegen China den Krieg zu erklären.

Wenn auch die offiziellen amerikanischen Kreise diese Möglichkeit ins Kalkül gezogen haben, zweifeln sie doch an dieser Annahme und haben auch daran gearbeitet, dies zu verhindern, ebenso wie es die Sowjets, die Nordvietnamen und die kommunistischen Chinesen dies getan haben. Moskau hat keine formelle Verpflichtung gegenüber Hanoi, trotz vieler Versprechungen, Nordvietnam mit genügend Waffen zu versorgen. Peking hat schon mehrmals das Angebot gemacht, Freiwillige nach Nordvietnam zu entsenden, aber nur, wenn sie von Hanoi verlangt werden. In der Vergangenheit haben die Chinesen schon mehrmals erklärt, daß sie nur kämpfen würden, wenn sie selbst angegriffen werden. Die Vereinigten Staaten werden voraussichtlich die Bombardierung von strategisch wichtigen Punkten in Nordvietnam solange nicht aufgeben, bis Hanoi Verhandlungen befürwortet. Dagegen wird Nordvietnam keine Zusage zu Verhandlungen machen, bevor Amerika die Bombardierung einstellt.

Der Krieg in Vietnam ist zwar nicht sehr populär in Amerika, aber die meisten Amerikaner wissen, daß die Regierung alle Anstrengungen unternimmt, die zu Verhandlungen führen können. Aber zu Verhandlungen gehören zwei Partner. Amerika ist bereit, Vietnam noch nicht.

Auch de Gaulle warnt vor einem dritten Weltkrieg

Die Erklärung de Gaulles zur Weltlage, die im Anschluß an die ordentliche Ministerratssitzung von Informationsminister Georges Gorce abgegeben wurde, verrät eine ausgesprochen pessimistische Beurteilung der Situation durch den General. Die Gefahr eines dritten Weltkrieges, die Akzentsetzung auf die Verantwortung der USA, die mit ihrer Intervention in Vietnam den Krieg entfacht haben, die damit Volkschina zwingen, eine eigene Wasserstoffbombe zu entwickeln, die die arabischen Staaten bewogen, sich an die Sowjetunion anzulehnen... kurz, diese Erklärung ist in jeder Hinsicht ein politisch schwerwiegender Akt. Einerseits unterstreicht de Gaulle tatsächliche Gefahren, andererseits setzt er sich zum Richter über die Ereignisse: Washington hat den Vietnamkrieg verschuldet, Israel ist der Angreifer. — De Gaulle urteilt und verurteilt aber mit Taktik: den arabischen Staaten teilt er einen «Tadel» aus, weil sie den Golf von Akaba blockierten, Israel wird aber «verurteilt», weil es angegriffen habe; das militärische «fait accompli» im Nahen Osten darf nicht anerkannt werden, doch Israel wird das Existenzrecht zugebilligt. Der Frieden, sagte de Gaulle, könne nur durch

ein neues Element, nämlich durch den Rückzug der amerikanischen Truppen aus dem Fernen Osten wiederhergestellt werden. Die Politik Frankreichs nähert sich somit der sowjetischen: erstmals hat Paris den Staat Israel offiziell als Angreifer bezeichnet, nachdem man hier bisher eine solche Verantwortung nicht aussprach. Jedenfalls anerkennt de Gaulle die israelische These nicht, wonach die Golfsperrung von Schar el Scheik die erste Kriegshandlung war. — De Gaulles Erklärung vom 21. Juni ist eine feierliche und dramatische Warnung der Welt vor einem Krieg, sie ist aber gleichzeitig ein neuer Versuch de Gaulles, sich in das nahöstliche und in das vietnamische Kriegsgeschehen einzuschalten: da, wo Kriegsstürme die Welt bedrohen, ist de Gaulle der große Mann.

Es entspricht der politischen Natur des französischen Staatsmanns, die Weltlage mit schwarzen Strichen zu skizzieren. Er ist selbst der Mann der Stürme, und nur im Sturm ist er wirklich groß. Als er am 19. Januar 1946 sein Amt als Vorsitzender der Provisorischen Regierung niederlegte und sich mit pathetischer Gebärde von den Staatsgeschäften zurückzog, sah er den dritten großen Weltkrieg unmittelbar bevorstehend. «Ich halte mich für die großen Gelegenheiten die bevorstehen zur Verfügung. Wenn der Krieg zwischen der Sowjetunion und den USA ausbricht, werde ich allein fähig sein, die nationale Einheit wieder herzustellen...»

Zwanzig Jahre Marshallplan

Rund 14 Milliarden Dollar für den Wiederaufbau der europäischen Wirtschaft

Am 5. Juni 1967 war es zwanzig Jahre her, seit General George C. Marshall an der Harvard-Universität jene denkwürdige Rede hielt, in der er Europa amerikanische Hilfe zum Wiederaufbau der völlig zerrütteten Wirtschaft anbot. Marshall, damals Außenminister im Kabinett Präsident Trumans, nannte die Dinge beim Namen. Er berichtete den Studenten der berühmten Universität von den Zerstörungen und Verwüstungen in Europa — von ausgebombten Produktionsstätten, vom Verfall der Währungen, vom Darniederliegen des Handels und von vielen anderen Kriegsfolgen, die eine natürliche Wiedergenesung aus eigener Kraft unwahrscheinlich machen würden.

In dieser schier ausweglos erscheinenden Situation gab der amerikanische Außenminister den Ländern Europas neue Hoffnung. Marshalls Forderung, die Not in Europa mit finanzieller und materieller Hilfe der USA zu lindern, den Lebensstandard der Bevölkerung zu heben und die Produktionskraft der Industrien wiederherzustellen, war seinerzeit revolutionierend, insbesondere, da er auch das besiegte Deutschland in die Hilfe einbezogen wissen wollte. Echtes Mitgefühl

mit den Millionen von Menschen, die durch die Hölle des Krieges gegangen waren, aber auch die Einsicht, daß ein wirtschaftliches Dahinsiechen Europas den politischen Radikalismus und das Aufkommen totalitärer Bestrebungen fördern würde und möglicherweise auch die Grundlagen der amerikanischen Zivilisation gefährden könnten, ließen die Amerikaner handeln.

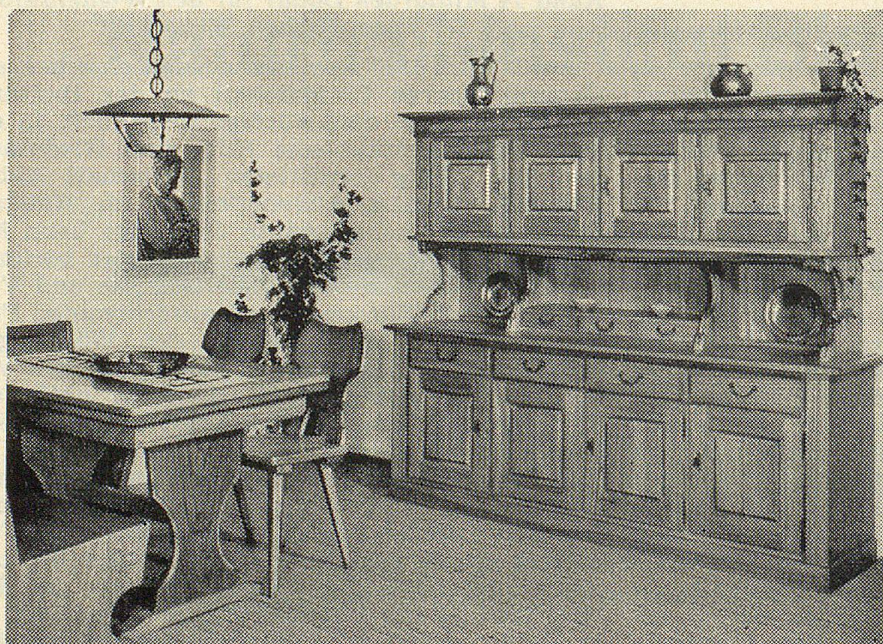
An 22 europäische Staaten erging die Aufforderung, sich an dem Programm zu beteiligen. Die ablehnende Haltung Moskaus zwang die osteuropäischen Satellitenstaaten, die amerikanische und Auslandhilfe auszuschlagen, und so fanden sich schließlich nur 16 europäische Länder gemeinsam mit den USA in der zur Verteilung der amerikanischen Hilfe in Paris errichteten Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit in Europa (OEEC) zusammen.

Am 3. April 1948 trat das ERP- oder Marshall-Plan-Gesetz in Kraft, und am 9. April schon ging die erste Hilfeleistung ab: Der Frachter «John H. Quick» verließ mit 9 000 Tonnen Weizen an Bord den Hafen von Galveston, Texas, in Richtung Bordeaux. Das war der Anfang eines sich ständig vergrößernden Stroms von Lebensmitteln, Maschinen und Rohstoffen. Der Gegenwert für die amerikanischen Lieferungen wurde in den einzelnen Ländern in Landeswährung in einen Sonderfonds eingezahlt, der diese sogenannten Gegenwertmittel in Form von Aufbaukrediten an die Industrie und Landwirtschaft vergab. Auf diese Weise erhielt die Wirtschaft der Teilneh-

merstaaten durch die US-Lieferungen einen doppelten Impuls. Gleichzeitig förderten die Vereinigten Staaten den europäischen Übersee-Export, damit die riesigen Dollar-Defizite ausgeglichen werden konnten, die vor Beginn des Marshall-Plans den europäischen Handel lahmzulegen drohten und eine selbständige europäische Wirtschaft unmöglich machten. Die amerikanische Wirtschaftshilfe hatte nach dem Wunsche ihres Initiators den Zweck, mittels einer «Stoßtherapie» der europäischen Wirtschaft die Mittel zu verschaffen, die notwendig waren, um die Schäden des letzten Krieges schnell zu überwinden. Der Marshallplan war gewissermaßen nur als ein «Katalysator» gedacht, der die europäischen Kräfte aktivieren sollte.

Das Vorhaben glückte in jeder Beziehung. Als die eigentliche Marshallplanhilfe dank ihres Erfolges vorzeitig am 31. Dezember 1951 auslief, lag der Produktionsindex der europäischen Industrien im Durchschnitt 150 Prozent über dem von 1938, der Export Europas hatte sich verdoppelt, das Dollardefizit war auf ein Achtel gesunken, und auch der innereuropäische Handel überstieg bei weitem den der Vorkriegszeit. Statt der eingeplanten 17 Milliarden Dollar hatten dank der Dynamik des alten Kontinents schon 13,5 Milliarden, davon 1,32 Milliarden für Westdeutschland, ausgereicht, Europas wirtschaftliche Gesundung zu bewerkstelligen.

Die neben den effektiven Hilfslieferungen zweifellos bedeutendste Leistung des Marshall-



Handwerkliche

MÖBEL

für das

Bauernhaus

In unserer großen,
neuen Ausstellung
finden Sie bestimmt
das passende.

PAUL **SCHERRER** MOBEL

Bischofzell-Nord

Tel. (071) 81 18 94

plans bestand jedoch in der Förderung der Europa-Idee und der europäischen, wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit dem Ziel der Schaffung eines einheitlichen Marktes in Europa und der schrittweisen Integration seiner Wirtschaft.

Sowjetischer «Antifaschismus»

Seit dem zweiten Weltkrieg wurde die sowjetische Propagandamaschinerie nicht müde, die Sowjetunion als Vorkämpferin gegen Nazitum und Faschismus und als Verteidigerin der demokratischen Errungenschaften und der sozialistischen Ideale zu preisen. Die Rote Armee wurde mit der Gloriole einer Befreier-Armee umgeben. Gegner des Kommunismus wurden als Rechts-extremisten oder gar Nazis hingestellt.

Was die Sowjets unter Freiheit und sozialistischen Idealen verstanden, wurde den von der Roten Armee «befreiten» Völkern in der Praxis sehr bald klar, im freien Westen aber gab es immer wieder Kreise, die den sowjetischen Propagandaschlagworten auf den Leim gingen.

Pausenlos wurde die Parole vom sowjetischen Antifaschismus verbreitet. Mit allen Raffinements, aber auch mit simplen Schlagworten, wurde versucht, die in den westlichen Völkern bestehende berechnete Aversion gegenüber dem Dritten Reich unseligen Gedenkens für die sowjetischen Absichten nutzbar zu machen. Die deutsche Bundesrepublik wurde in der östlichen Propaganda als faschistischer Stützpunkt, ihre Regierung als revanchistische, nazistisch verseuchte Clique gebrandmarkt. Nur zu verständliche Ressentiments sollten gegen die Bundesrepublik mobilisiert werden, um deren Integration in die Gemeinschaft der freien westlichen Staaten und die Nato zu unterminieren. Es sollte aber auch vergessen gemacht werden, daß die Sowjetunion die Befreiung vom Hitlerjoch benutzte, um halb Europa unter ihre Herrschaft zu bringen.

Die Sowjetunion fürchtet ein starkes, zusammengeschlossenes, freies Europa. Deswegen ist ihr keine Lüge und kein Schlagwort zu gering, um Zwietracht unter den europäischen Völkern zu säen. Was vom sowjetischen Antifaschismus zu halten ist, zeigten die Tage des jüngsten israelisch-arabischen Krieges, als die Sowjets nicht davor zurückschreckten, die Überlebenden der Nazivernichtungslager mit ihren Folterknechten und die Nachkommen der millionenfach Ermordeten mit den Mördern gleichzusetzen. Die Sowjets haben das Gesicht verloren. Die Maske ist gefallen, und es sollte allmählich auch der Hintersterne die sowjetischen Propagandaklischees für das nehmen, was sie sind.

Der Konflikt im Nahen Osten — ein Krieg ohne Ende?

Israel, 1947 von der UNO den heimatlosen, gehetzten, doch aufbauwilligen Juden als kleine Heimat, als Staat konstruiert, bereit, mit den



Der neugewählte und der zurückgetretene Bundesrat

Bundesrat Dr. *Nello Celio* (links) und alt Bundesrat *Paul Chaudet* (rechts).

arabischen Nachbarn in Frieden zu leben und zusammenzuarbeiten, wurde sogleich von seinen Nachbarstaaten überfallen. Das tapfere Volk konnte sich aber dieses Angriffes erwehren. Es hat mit harter Arbeit Oedland in blühendes, fruchtbares Kulturland verwandelt. In zähem Ringen haben die Israeli in knapp 20 Jahren ein fortschrittliches Land geschaffen, eine Leistung, der man die Hochachtung nicht versagen kann. Auch der Lebensstandard der im Lande gebliebenen arabischen Bevölkerung ist gehoben worden. Trotzdem lautete schon 1948 die Parole der «Arabischen Liga»: «Wir führen einen Ausrottungskampf gegen Israel und wir werden ein Massenschlachten veranstalten.» Heute nennen sich die arabischen Angreifer heuchlerisch «Palästinensische Befreiungsarmee». Der israelische Blitzkrieg vom Juni 1967 gegen seine Nachbarn, die mit der Schließung des Golfes von Akaba eine für Israel unannehmbare Situation geschaffen hatten, endete mit einer schweren Niederlage für die Araber. Der Blitzkrieg ist gewonnen, doch der Friede noch in weiter Sicht.

Seit 1949 lebt die israelische Nation im *Kriegszustand* mit ihren Nachbarn, die nur in einen Waffenstillstand einwilligten und diesen unverblümt für die Vorbereitungen der endgültigen Vernichtung Israels benützen wollten. Aus eigener Kraft, darüber war sich wohl auch Nasser zu Beginn des Junis 1967 klar, konnten die arabischen «Armeen» Israel nicht bezwingen. Die Fehlspekulation, Israel werde die Initiative nicht ergreifen, weil politisch isoliert, erwies sich als Katastrophe, die zu meistern auch die *Sowjetunion* nicht in der Lage war. Die verzweifelten Versuche der Araber, die Sowjetunion zu erpressen, scheiterten vorerst an der realistischen Politik Moskaus, die seit Jahrzehnten bewiesen hat, daß sie genau einzuschätzen vermag, welches Risiko eingegangen werden kann und bei welchem Risiko zu viel auf dem Spiel steht. Den Prestigeverlust mag Moskau verwinden, den Weltkrieg wollten und konnten die Führer der Sowjetunion nicht entfesseln, der ohne Zweifel vor der Tür gestanden hätte, wenn die sowjetische Flotte und Luftwaffe aktiv in die Kämpfe eingeschaltet worden wäre.

Auch Amerika hat klug gehandelt

Die Rechnung ist für Amerika in der ersten Runde aufgegangen. Es war vielleicht doch etwas voreilig, wenn gewisse Kommentatoren glaubten *Amerika* der *Feigheit* bezichtigen zu müssen, weil Präsident Johnson die Politik der *Nichtintervention* verkündet hatte.

Die Vermutung, Amerika habe sich über die effektiven Kräfteverhältnisse sehr genau Rechenschaft geben können und demzufolge die Partie Israel ruhig allein überlassen dürfen, damit sein Gewicht bei den folgenden Verhandlungen *um so stärker* zum Zuge komme, sollten auch jene hegen, für die Amerika in jedem Fall Zielscheibe maßloser Kritik ist. Insbesondere mußte diese Vermutung mit in die Betrachtung einbezogen werden, weil Israel alles Interesse daran hatte, die arabischen Staaten aus eigener Kraft zu schlagen. Die verzweifelten Deklamationen der Herren Nasser & Co., die Israeli kämpften mit britischer und amerikanischer Unterstützung, mögen erhellen, daß gerade der *Einzelgang* der Israeli von enormer Bedeutung war. Die Fernwirkungen dieser für Israel großartigen militärpolitischen Konstellation werden auf die arabische Welt und auf die Sowjetunion nicht ausbleiben.

Was in der Luft lag, scheint nun doch Wirklichkeit zu werden. Der jordanische Botschafter in Washington hat in einem Interview die *Möglichkeit eines Friedensschlusses zwischen Amman und Israel angekündigt*. Bedingung zu Gesprächen in dieser Hinsicht zwischen Israel und Jordanien sei die Rückgabe aller durch die Israelis besetzten Gebiete. Jordanien wäre bereit, die Existenzberechtigung Israels und die Teilung von 1947 anzuerkennen. Jordanien ist mit diesen

Vorschlägen, denn um solche handelt es sich offensichtlich, das zweite arabische Land, das im Kampf gegen Israel die Vernunft walten läßt. Während Amman die Entwicklung in vernünftige Bahnen lenken will, wird aber vor allem in Kairo und Algier nach wie vor der Vernichtungskrieg gegen Israel gepredigt. König Hussein folgt den Spuren Tunesiens, das schon längst erklärt hat, die Beziehungen zu Israel müßten am Verhandlungstisch geregelt werden. Bourguiba wurde dafür von Nasser zum Verräter gestempelt. Dasselbe dürfte dem jordanischen König widerfahren.

Die israelische Außenpolitik ist großartig, weil sie offensichtlich *alle* Komponenten *aller* Konstellationen mitberücksichtigt. Die Anstrengungen, die Araber zu *überzeugen*, daß es in ihrem Interesse liegt, den ehrlichen Frieden freiwillig zu finden, bleibt das Hauptanliegen. In diesem Verhältnis stellt sich die wesentlichste Frage: War es ein Feldzug in einem endlosen Kriege oder war es die Kriegsentscheidung an sich, also der Übergang zu einem Frieden, der von Israel und den arabischen Staaten akzeptiert werden kann?

Die Welt nahm Abschied von Konrad Adenauer

2000 offizielle Trauergäste aus Deutschland und aller Welt nahmen im Frühjahr 1967 Abschied von dem im 91. Lebensjahr verstorbenen a. Bundeskanzler *Konrad Adenauer*, erster Kanzler der Bundesrepublik Deutschland. An der Spitze der ausländischen Trauergäste bemerkte man Präsident Johnson und General de Gaulle. Über 50 Repräsentanten ausländischer Staaten waren anwesend, als im Parlamentsgebäude in Bonn die Trauerreden gehalten wurden.

Vor der internationalen Trauerversammlung würdigte als Erster Bundespräsident *Lübke* das Werk Adenauers. Er wandte sich direkt an de Gaulle, in dem Adenauer für seine Idee, Deutschland und Frankreich für immer zu versöhnen, einen gleichgesinnten Partner und Freund gefunden habe, und er dankte Präsident Johnson für die amerikanische Hilfe in den Nachkriegsjahren und die atlantischen Sicherheitsgarantien.

Bundestagspräsident Gerstenmaier befaßte sich mit der vielschichtigen und oft unbequemen Persönlichkeit des verstorbenen Staatsmannes und fragte nach dem dauernden Erbe seines Wirkens. Er erklärte, Adenauer habe «dem souveränen Nationalstaat mit seinen Rangordnungen und politischen Systemen so entschieden abgesagt, daß die Rückkehr zu ihnen in Deutschland nur noch als Folge einer völligen Verzweiflung an der Verwirklichung der europäischen Gemeinsamkeit und der Schutzgemeinschaft der freien Welt denkbar ist.

Die prägnanteste und eindrucklichste Rede hielt Bundeskanzler *Kiesinger*, der mit den Worten begann: «Wer ist groß?» Mit Ranke antwortete



600 Jahre Gotteshausbund

Graubünden feierte die Gründung des Gotteshausbundes vor 600 Jahren, zu dem sich damals Geistliche, Adel, Bürger und Bauern zusammenschlossen, um sich gemeinsam gegen die drohende österreichische Bevormundung zu wehren. — Unser Bild zeigt den Festumzug in Zernez.

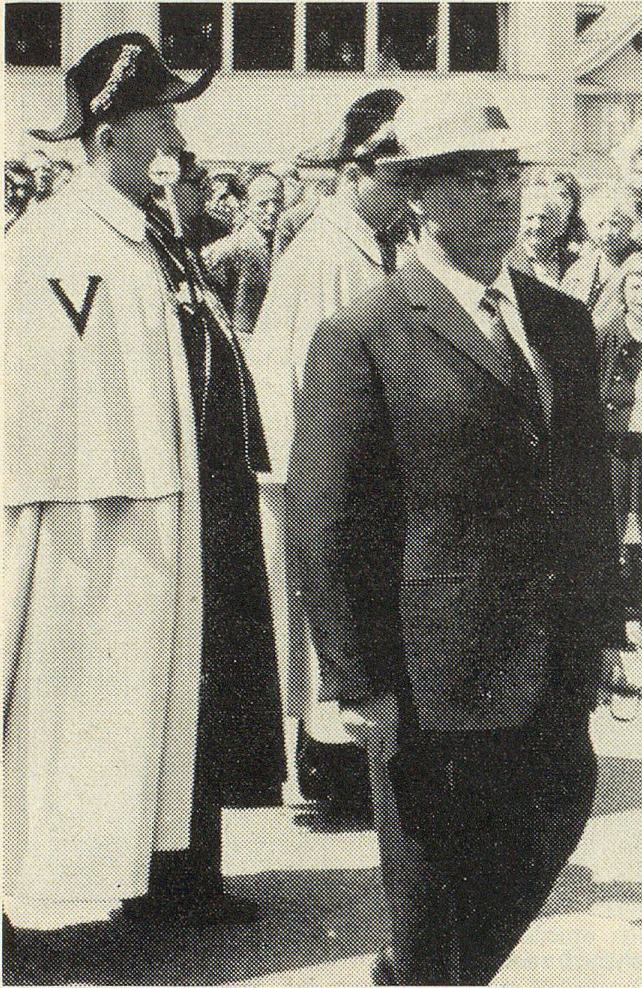
er, daß geschichtliche Größe aus dem Zusammen-
treffen einer bestimmten Zeit mit einer für diese
Zeit geschaffenen politischen Begabung hervor-
gehe. Das sei bei Adenauer mit 74 Jahren der
Fall gewesen. «Als Konrad Adenauer sein Amt
übernahm, trat er das schlimmste Erbe an, das
jemals ein deutscher Staatsmann zu verwalten
hatte. Als er es nach 14 Jahren verließ, war das
freie Deutschland wieder ein geachteter Partner
freier Völker, und ihm vor allen verdankte es
dies. Welch ein Glücksfall! — Daß nicht jede
Zeit ihren großen Mann und nicht jede große
Begabung ihre Zeit findet — wer hätte dies mehr
zu bedenken als wir Deutsche, die wir die Ge-
schichte unseres Jahrhunderts überblicken!»

Konrad Adenauer wußte, daß sich vieles in
der Welt geändert hatte, und daß die deutsche
Politik diesen Änderungen Rechnung tragen
mußte. Aber von der Richtigkeit seiner großen
Ziele blieb er bis zum letzten Augenblick fest
überzeugt.

Israel, UNO und die Schweiz

Das Stahlgewitter des Israel-Blitzkrieges hat
die ganze gegenwärtige politische Szenerie mit
grellen Schlaglichtern erhellt. Scharf umrissen
sind die Machtballungen neu ins Bewußtsein ge-
hoben worden. Was für Schlüsse haben wir
Schweizer daraus zu ziehen? Zwei Erkenntnisse
sien herausgehoben:

Erstens einmal stellte sich wieder die Frage,
wem unsere Entwicklungshilfe zugute kommen
soll und wem nicht. Im Ständerat, wo diese Fra-
ge zur Debatte stand, hat hierzu der Vorsteher
des Politischen Departementes wohl unter Zu-
stimmung des ganzen Volkes erklärt: **«Länder,
die aus eigenem Willen im Krieg stehen, haben
keinen Anspruch mehr auf schweizerische Ent-
wicklungshilfe»**. Hoffen wir, daß dieser Grund-
satz auch folgerichtig angewendet wird, ohne daß
weitherzige Interpretationskünste ihn wieder
durchlöchern!



Landsgemeinde von Appenzell Außerrhoden
Der neugewählte Regierungsrat Otto Bruderer wird zum Landsgemeindestuhl geleitet

Zweitens hat sich sofort wieder die Frage gestellt, ob unser Verhältnis zur UNO überprüft werden müsse. Hier gehen die Ansichten auseinander. Die deutlich gewordene Schwäche der UNO hat ihre Freunde auf den Plan gerufen, und sie haben versucht, mit einem Communiqué zu retten, was zu retten ist. Der Ausschuß der Schweizerischen Gesellschaft für die Vereinigten Nationen sagt darin: «So wenig die Schweiz im Einzelfall der UNO bedarf, so groß ist deren Bedeutung für andere Länder und Völker. Diese Tatsache sollte bei der schweizerischen Diskussion des UNO-Beitrittes nicht übersehen werden.» Nun ist aber die Rolle, welche die UNO für die Israeli gespielt hat, alles andere als erhebend gewesen. Man kann es auch so sagen: wenn sich die Israeli statt auf ihre eigene Kraft auf die UNO verlassen hätte, dann wären sie wirklich verlassen gewesen!

Wie dem auch sei: Sollen wir nun rein in diesen

Verein oder nicht? Eines ist doch wohl immer deutlicher geworden: Krieg oder Frieden wird nicht von der UNO, sondern von den Großmächten — u. a. auch vor dem Forum der UNO — entschieden. Ob wir mit im Spiel sind oder nicht, spielt da gar keine Rolle. Darum sehen wir keinen Anlaß, unser wohlwollendes Beiseitestehen zu ändern.

Nur so sind wir sicher davor, nicht an Entschlüssen mitwirken zu müssen, die unseren Einsichten widersprechen. Unsere Beiträge an die Friedenssicherung in der Welt können wir in eigener Entscheidung viel sicherer treffen, wenn wir eine «Dritte Macht» bilden, nämlich den wirklich Neutralen, der gegenüber den Neutralisten Nasserscher Prägung in der Welt trotz UNO vielleicht einmal Funktionen übernehmen kann, die die UNO als Partei in einem Streit eben leider, wie wieder sichtbar geworden, nicht übernehmen kann.

BLICK IN DIE HEIMAT

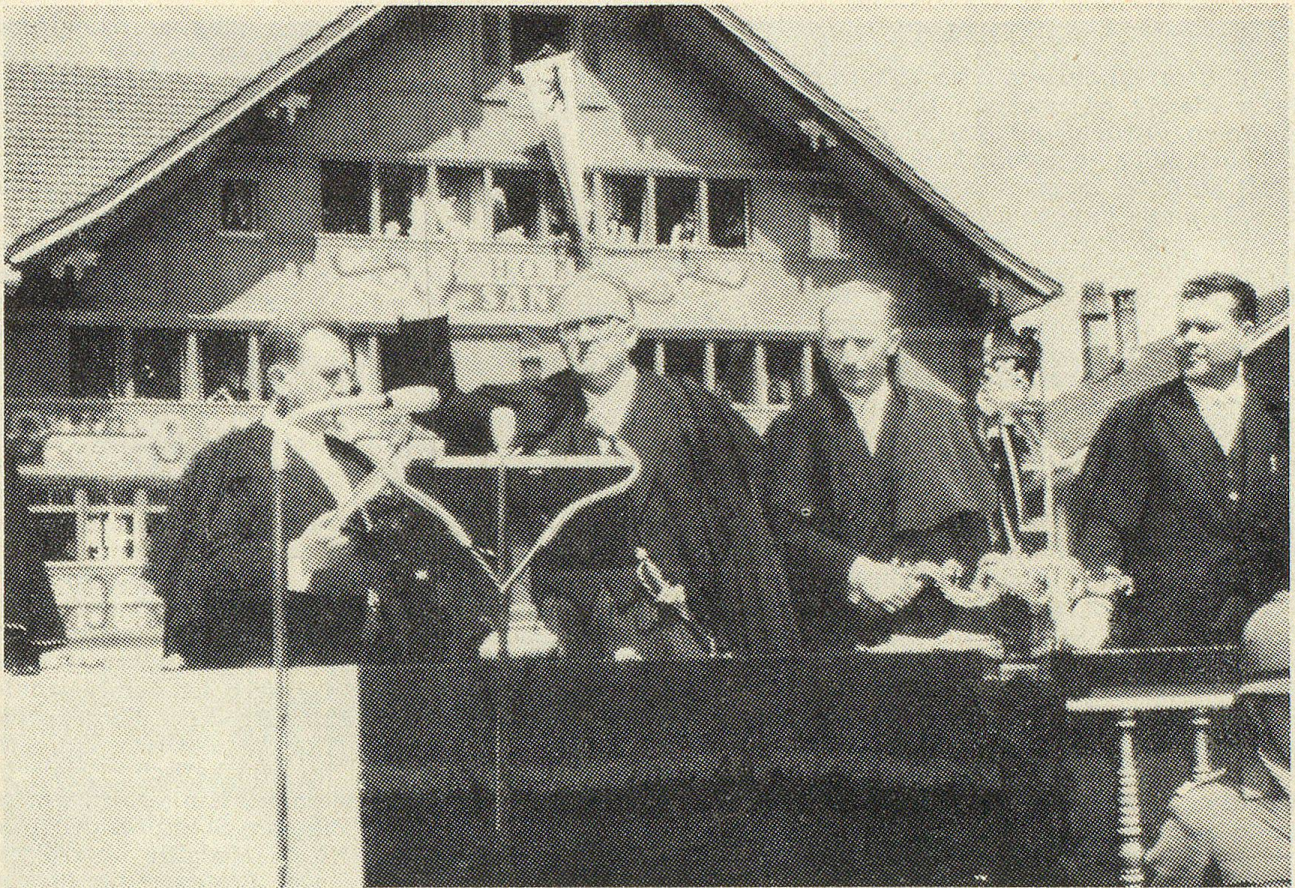
Die Außerrhoder Landsgemeinde in Hundwil

genehmigte die Staatsrechnung 1966, die mit einem Defizit von Fr. 461 000.— abschloß. Alle Regierungsräte wurden im Amt bestätigt. Als 7. Mitglied des Regierungsrates wurde Kantonsrat Otto Bruderer, Teufen, gewählt. Landammann Jakob Langenauer, Obergerichtspräsident Ernst Tanner und die 10 weiteren Mitglieder des Obergerichts durften sich gleichfalls des uneingeschränkten Vertrauens der Landsgemeinde erfreuen. Von den fünf Sachvorlagen wurden drei angenommen und zwei verworfen. Völlig unbestritten war das Gesetz über die staatliche Unterstützung von Schulhausbauten, das Gesetz über die kantonale psychiatrische Klinik und die Unterstützung der Krankenanstalten durch den Kanton sowie das Einführungsgesetz zum KUVG des Bundes. Die Initiative der freisinnigen Partei für Aufhebung der Wahlaltersbeschränkung für Oberrichter wurde mit deutlichem Mehr verworfen. Etwas überraschend kam die Ablehnung für die Erstellung eines neuen Werkhofes der kantonalen Bauverwaltung in Herisau.

Die Landsgemeinde von Appenzell I. Rh.

wurde von Landammann Leo Mittelholzer eröffnet. Dem zweijährigen Turnus gemäß wurde Dr. Raymund Broger, der bisherige stillstehende Landammann zum neuen Landammann gewählt. Die bisherigen Mitglieder der Standeskommission wurden im Amte bestätigt und mit der Wahl eines neuen Zeugherrn in der Person von Armin Schmid, Oberegg, wieder auf neun Köpfe ergänzt. Auch Kantonsgericht, Landweibel und Landschreiber erfuhren eine ehrenvolle Wiederwahl, ebenso der bisherige Standesvertreter in der Bundesversammlung, Ständerat Karl Dobler.

Mit einhelligem Beschluß wurde die Kantonsverfassung dahin ergänzt, daß künftig Einwohner von Außerrhoden, die sich zur römisch-katholi-



Landsgemeinde von Appenzell I. Rh. in Appenzell

Der neugewählte Landammann Dr. *Raymond Broger* bei der Eidesabnahme. Links Landammann Mittelholzer, rechts Landschreiber Rechsteiner und Bauherr Kölbener

schen Religion bekennen, innerrhodischen Kirchengemeinden mit allen Rechten und Pflichten angehören können. Kein Erfolg hatte dagegen das Initiativbegehren eines Bürgers, die Standeskommission von 9 auf 7 Mitglieder zu reduzieren, wobei diese die Ressortverteilung unter sich selbst und nicht mehr durch die Landsgemeinde vorzunehmen hätten. Das Landvolk war wie der Große Rat nicht gewillt, mit der Reduktion der Zahl der Regierungsmitglieder die Tendenz zur Schaffung von voll- oder halbamtlichen Regierungsstellen zu unterstützen.

Drei weitere Sachgeschäfte, die das Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über den Straßenverkehr, das Gesetz über das Volksschulwesen und die Erhebung einer Kurtaxe für Ferienhausbenutzer betrafen, fanden die Billigung der Landsgemeinde. Schließlich wurde auch den Gesuchen um Erteilung des Landrechtes einmütig zugestimmt, obwohl die Liste diesmal die ungewöhnlich hohe Zahl von 22 Gesuchstellern umfaßte, 16 davon betrafen allerdings Schwestern des Klosters Grimmenstein, die bisher deutsche

oder österreichische Staatsangehörige waren und sich deshalb alle vier Jahre erneut wieder um die Niederlassung bemühen mußten, was angesichts ihrer Stellung als Klosterfrauen unnützer Leerlauf bedeutete, der durch die Erteilung des Landrechtes beseitigt werden konnte.

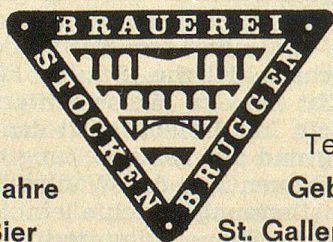
Die Glarner Landsgemeinde

hatte eine ganze Reihe von Sachgeschäften zu erledigen. Bei der Frauenstimmrechtsvorlage, der zweiten seit 1961, die den Frauen das Stimm- und Wahlrecht in Kirche, Schule, Fürsorge und das Wahlrecht bei den Waisenämtern gewähren will, stellte ein Landratsmitglied den Antrag auf Rückweisung und auf Ausarbeitung einer Vorlage, die den Frauen nur das Wahlrecht gewähren soll. Die Abstimmung brachte ein klares Mehr für das partielle Frauenstimmrecht, während eine starke Minderheit für den Rückweisungsantrag stimmte. Mit diesem weit herum kaum erwarteten Ja verwirklicht nun das Glarnerland **als erster Landsgemeindekanton** die teilweise politische **Mitverantwortung der Frau**.

TOTENTAFEL

Mit dem Zürcher Kirchenhistoriker Prof. Dr. Fritz *Blanke* ist unserem Lande ein Gelehrter entrissen worden, der sowohl durch sein Werk als auch seine Persönlichkeit eine große Strahlkraft ausübte. Er gehörte zum Herausgeberkreis von Zwinglis gesammelten Werken. Das Hauptgewicht von Prof. Blankes Wirken aber lag in seiner Lehrtätigkeit. — In Chur verschied im 81. Altersjahr alt Dekan Johannes *Domenig*, eine markante Persönlichkeit der Bündner Kirche, bekannt geworden auch durch literarische Arbeiten. — Prof. Dr. Linus *Birchler* hatte als Kunsthistoriker internationalen Ruf. 1923 bis 1934 amtierte er als Redaktor der «Kunstdenkmäler der Schweiz». 1934 wurde er als Ordinarius für Kunstgeschichte und Archäologie an die Eidg. Technische Hochschule berufen, wo er eine überaus fruchtbare Tätigkeit entfaltete. Er leitete als Berater zahlreiche Restaurierungen historischer Kunstdenkmäler, u. a. auch der protestantischen Kirche Herisau. — Prof. Dr. Ernst *Howald* lehrte von 1918 bis 1952 als o. Professor für klassische Philologie an der Universität Zürich. 1938 war er Rektor. Ernst Howald hat die Altertumswissenschaft aus einer drohenden Isolierung und Versteinerung herausgelöst. Er wollte das Wesen der Dichtung überhaupt ergründen. — In Zürich starb in seinem 81. Altersjahr Prof. Dr. Leo *Weiß*, der wertvolle Studien vorab zur schweizerischen Wirtschaftsgeschichte publiziert hat, so das Werk «Studien zur Handels- und Industriegeschichte der Schweiz». — Mit Prof. Dr. Oskar *Vasella*, einem gebürtigen Bündner, der über 30 Jahre lang an der Universität Freiburg Schweizer Geschichte dozierte, hat unser Land den bedeutendsten katholischen Reformationshistoriker verloren, der die schweizerische Reformationsgeschichte von manchen irrigen Vorstellungen befreite und klärte. — Im Alter von 70 Jahren starb in St. Gallen der Lehrer und Kunstmaler Diogo *Graf*. Hemberg, St. Margrethen, Wil und St. Gallen waren die Stationen seines beruflichen Wir-

kens. Auch als Schulmann ging er oft eigene Wege. Als Kunstmaler widmete er sich der abstrakten Malerei. Das Kunstmuseum St. Gallen zeigte sein Gesamtwerk im Jahre 1962. — Mit alt Landesarchivar Dr. Jakob *Winteler* ist wohl der beste Kenner der glarnerischen Geschichte dahingegangen. Er hat sein Leben der Erforschung und Darstellung der heimischen Geschichte gewidmet. Auch als Präsident des Historischen Vereins Glarus war er die zentrale Figur der glarnerischen Geschichtsforschung. Viele Jahre lang war er auch ein hochgeschätzter Mitarbeiter des Appenzeller Kalenders, dem er zahlreiche Beiträge aus der glarnerischen Geschichte beisteuerte. — Die bildende Kunst verlor mit Walter *Kern* in Uttwil einen beredten Deuter, einen scharfsinnigen Kritiker und einen Maler, der als Autodidakt begonnen und durch langes Suchen zu einer persönlichen abstrakten Malweise gefunden hatte. Von 1929 bis 1941 war er als Kurdirektor in Davos tätig, später leitete er eine Buchdruckerei in Winterthur, bis er sich nach Uttwil zurückzog, das — einst Sitz zahlreicher Maler und Dichter — nun um seinen letzten Künstler trauert. — In Zürich ist der bekannte Musikwissenschaftler Prof. Dr. Fritz *Gysi* im 80. Altersjahr gestorben. Der Verstorbene hat sich große Verdienste um das musikalische Leben in der Limmatstadt erworben. Kurz vor seinem Tode hatte ihm der Zürcher Stadtpräsident die goldene Hans-Georg-Nägeli-Medaille überreicht. — Prof. M. *Plancherel* war Professor für höhere Mathematik an der ETH in Zürich, als deren Rektor er 1931 bis 1934 amtierte. Lange Jahre war er auch Präsident der Schweiz. Winterhilfe. Während des zweiten Weltkrieges leitete er als Oberst die Abteilung Presse und Rundfunk. — Wenige Tage nach seinem 60. Geburtstag, wenige Wochen nach seiner Resignation auf die Pfarrei von Sankt Mauritius zu Appenzell, läutete die Sterbeglocke Pfr. Dr. Anton *Wild* zum letzten Gang. Als Domvikar in St. Gallen hatte er sich noch dem Studium der Rechte an der Universität Freiburg gewidmet. Seine Doktorarbeit beschlug ein Thema



Ober 175 Jahre
Stocken-Bier

Tel. 27 19 72

Gebr. Walser

St. Gallen-Bruggen

Lager-, Spezial- und Starkbier hell und dunkel

Mineralwasser und Obstgetränke

Kalender-Rahmen

geschnitzt, sowie eine große Auswahl geschnitzter Zierartikel (Appenzeller Kübeli etc.) finden Sie bei:

Hans Reifler

Weißküferei und Kunstgewerbe

9064 Hundwil

Telefon 071 - 59 13 40



Erste Reihe (oben) von links nach rechts: 1. Regierungsrat Niklaus Senn, Appenzell. 2. Alt Statthalter Franz Koller, Weißbad. 3. Ständerat Dr. Jakob Müller, Frauenfeld. 4. Alt Regierungsrat Fritz Landolt, Glarus. — **Zweite Reihe**: 1. Nationalrat Walter Klingler, Wil. 2. Kantonsrat Hugo Buff, Wolfhalden. 3. Pfarrer Dr. Anton Wild, Appenzell. 4. Vater Rupplin, Zizers. — **Dritte Reihe**: 1. Dr. Jakob Winteler, Glarus. 2. Prof. Dr. Fritz Blanke, Zürich. 3. Prof. Dr. E. Brandenberger, Zürich. 4. Prof. ETH M. Planche-
 rel, Zürich. — **Vierte Reihe**: 1. Direktor Joh. Itten, Zürich. 2. Redaktor Fritz Lendi, Bad Ragaz. 3. Emil Lötscher, Schriftsteller, Arbon. 4. Hermann Geiger, Gletscherpilot, Sitten.

Bruchleidende!

auch in den schwersten Fällen verhindert das

Neo Barrère

Bruchband IKS 9759 (Dr. Barrère, Paris) das Heraustrreten des Bruches und stützt gleichzeitig die Bauchwand. Spezialbänder für Frauen u. Operierte. Ganz elastisch, ohne Feder, ohne Pelotten. Seit über 50 Jahren erfolgreich!

Auf Wunsch auch **Beratung bei Ihnen zu Hause.**

Generalvertretung für die deutsche und italienische Schweiz sowie für das Fürstentum Liechtenstein:

Minder-Steiner, Orthopädisches Atelier
4950 Huttwil Telefon (063) 4 13 77

der älteste aktive Ostschweizer Journalist ins Grab gesunken. Bis in sein 85. Altersjahr diente er als Korrespondent vieler Ostschweizer Zeitungen. Lange Jahre hindurch war er auch Mitarbeiter am Appenzeller Kalender, dem er zahlreiche historische Erzählungen beisteuerte. — Oberst *Bäbler* war eine volkstümliche und über die Grenzen des Kantons Glarus hinaus bekannte Persönlichkeit. Er organisierte 1952 die 600-Jahrfeier des Kantons und 1964 den Glarner Tag an der EXPO. — Das Glarnerland trauert um alt Regierungsrat *Fritz Landolt*, eine tatkräftige und führende Persönlichkeit im wirtschaftlichen und politischen Leben des Kantons. Viele Jahre lang präsidierte er die katholische Volkspartei, die er mitbegründet hatte. 1945 in den Regierungsrat

gewählt, übernahm er das Finanzdepartement. Zu *Fritz Landolts* Verdiensten gehört auch die Ermöglichung der kostspieligen Renovation des Freulerpalastes. — An den Folgen eines Schlaganfalles starb überraschend Ständerat *Dr. Jakob Müller* in Frauenfeld. Zuerst Verhörrichter in Romanshorn, eröffnete er eine eigene Anwaltspraxis in Frauenfeld. 1929 wurde er in den Thurgauischen Großen Rat abgeordnet. 1935 wurde er in den thurgauischen Regierungsrat gewählt, dem er bis 1965 angehörte. Im Ständerat, den er vor drei Jahren präsidierte, saß er als freisinniger Abgeordneter seit 1951 als überaus geschätztes Mitglied. — Mit Redaktor *Fritz Lendi* in Bad Ragaz schied ein Patriot aus dem helvetischen Wirkungsfeld aus, der in seinem bündnerischen Stammgebiet und in seinem st. gallischen Wirkungskreis dauernde Spuren hinterläßt. Er hat als Redaktor, als freisinniger Politiker jungliberaler Prägung und als Kurvereinspräsident des Bäderzentrums Ragaz-Pfäfers Akzente gesetzt, die nicht sobald verblassen werden. Weiten Kreisen ist *Fritz Lendi* bekanntgeworden durch seine Heimatbücher. — Vater *Rupflin*, der hochbetagt in Zizers das Zeitliche segnete, durfte als Gründer der Kinderheime «Gott hilft» in Graubünden und anderen Kantonen auf ein wirklich reich gesegnetes Lebenswerk zurückblicken. — Einem tragischen Unglücksfall fiel der bekannte Gletscherpilot *Hermann Geiger* in Sitten, zum Opfer. Unzählige Menschen hat er aus Bergnot gerettet, bevor ihn selber der Tod im Flugzeug erliefte.

£ böfi Erfahrig als früehnerer Stationsvorstand-Ablöser

... Woni so föf Jöhrli meh, als tusigwöchig gsee bi, hani e Mol au möse als Vertreter für en Vorstand, wo ane Beerdigung het möse goo, im Turgi onne ond zwor am Ondersee, de Dienst tue. s' ganz Johr döör, hani e Mol dei, ond e Mol ame andere Ort so möse gi ushelfe. — So bini gad erber wit ommecho, ha mengi Statio abglöst, ond bi dere Glegeheit hani i mengem Landgasthus gesse ond au übernachtet ... Ond bi dene Ablösege au mungs schöös ond chefrigs Meetli z'gsieh überchoo ... — Aber seb het mer gär nüd viel usgmacht, i ha sowieso no nüd welle hürasple. E Mol, wel i no e paar Jöhrli ha wölle ledig ond loos see. Ond im andere Täl, het min Looh fascht nüd för Zwää glanget. 's wär denn näbe ase usechoo, das d'Frau mii het möse verhalte!! Soo, das no so am Rand osse vermerkt! ... Ebe, wieni witer obe scho verzellt ha, bini also ame Herbstmonet, bi dere Ondersee-Station usgstege, hami em Vorstand vorgstellt. — De seb ischt gad en erber fröndle gsee. — Im witere het er mii i sini wichtege

Wisseschafte ihgfuehrt. — Nochher denn, s'ischt strohlig dunkel gsee, bini denn is Dorf abe, ond bi, wieme mi ahgwese het, im «Ochse» (Metzgerei ond Wertschaft) innetramplet.

Nochem Nachtesse hani no e zümftigs Jäßli klopfet. Ond wel di andere Drei, so meh oder mönder redli gjasset hönd, hani ii de Liter dörfe zahle. I haa lut useglachet vor Freud, wersch globe! Dröberabe bini mit mim neumödege Handgöferli i mini Chammer gschleche. Hani ohni ommzuege, abzoge, bi onder Decki kroche, ond bini denn, globi, bald igschlofe. — Vorher hani defrili no min Wecker of di halbi Föfi gricht. —

I de Wertsstobe onne hani niem andersch gsee, als d'Werti, dick, wiene Faß, de Wert, en handfeschte Donder, drei Gescht ond 's Chochimeetli, miteme schwarze Chruslechopf. — Wo denn am Morge de Wecker 's Signal gee het, bini de gleiteweg ufgestande, hami, wie allewil, mit Pomade ond Chölnischwasser (???) nochem abwäsche, ihgrebe. Woni fertig ahgläät gsee bi, hani mis Göferli a d'Hand gnoo, ond bi vo mi-